



## Erklärung an das Europäische Sozialforum in Istanbul

*"Es gibt kein "Sparpaket " der schwarz/gelben Regierung ..., sondern eine politische Grundsatzentscheidung, die Besitzstandsbürger und global agierenden Unternehmen dieser Republik des Eigentums durch eine Einnahmeerhöhung an den Kosten der Spekulationskrise und dem "Terror der Ökonomie" (Viviane Forrester) zu beteiligen."*

Die asoziale Kürzungsliste ist erst der dosierte Anfang eines erklärten Staatsumbaus: In den vergangenen Jahren wurde schon ein Drittel der abhängig beschäftigten Bevölkerung zuerst mit Armutslöhnen "verwertet", um dann mit Hartz-Gesetzen ausgegrenzt und in den bürgerlichen Freiheitsrechten eingeschränkt zu werden.

Nun soll es offensichtlich einen Schritt weiter gehen. Die Weichen für ein schwarz/gelbes HartzV werden gerade von der Arbeitsministerin Ursula Gertrud von der Leyen vorbereitet. Die Einführung der "Bürgerarbeit" wird mit einer sozialen Rhetorik propagandistisch verpackt. Die Praxis des zukünftigen mehrstufigen Verfahrens sieht anders aus und schafft die notwendige Matrix für eine "formierte Gesellschaft", wo das Recht auf ein würdiges Leben und die dafür notwendigen Transferleistungen gekoppelt werden an zwangsweise Beschäftigungen in den Kommunen und in dem "sozial-industriellen Komplex" von Caritas, Diakonie, Treber-Hilfe & Co.

Die Gewerkschaften werden sich entscheiden müssen, ob sich wieder Funktionäre an der Legitimierung der stufenweisen Einführung von workfair-Modellen beteiligen werden oder ob sie bereit sind, sich in der Alltagswelt auf Auseinandersetzungen um die Qualität der Erwerbsarbeit und um die Garantierung von Löhnen jenseits der nackten Existenzsicherung einzulassen.

Die politische Klasse ist sich weitgehend einig, dass eine Kontinuität der großen Gewinne und Einkommen im oberen Bereich Vorrang haben soll vor dem gesellschaftlichen Wert der sozialen Gerechtigkeit und dem Verfassungsgebot der vergleichbaren Lebenslagen. Mit dem sogenannten "Schuldendeckel" wurde versucht, dieser unsozialen Umverteilungspolitik noch in der Zeit der schwarz-roten Koalition Verfassungsrang zu geben. Gleichzeitig wurde die finanzielle Ausstattung der Kommunen systematisch eingeschränkt.

Was diese Bundesrepublik des Eigentums, des Drittels der Bevölkerung, die über 90% des Eigentums in Deutschland und des (welt)gesellschaftlich produzierten Reichtums verfügen, unter Gerechtigkeit versteht, das wurde von den Regierenden mit dem sogenannten Sparpaket demonstriert:

Die Perspektive der Mehrheit der abhängig Beschäftigten ist Altersarmut auf HartzIV-Niveau, wenn ihre Erwerbsbiographie durch Rationalisierung und Produktivitätssteigerung beendet ist. Sie sollen Teil des überflüssigen Restes werden, der für die Verwertung in der Lohnarbeit nicht mehr benötigt wird, der als "Reservearmee" der Erwerbslosen die Beschäftigten disziplinieren soll.

Familienförderung und Elterngeld war die propagandistische Sozialpolitik der Konservativen. Jetzt wurde offen ausgesprochen: Dieser Staat will die richtigen Kinder frühzeitig zu zukünftigen Leistungsträgern in der Konkurrenzgesellschaft erziehen lassen, und für die falschen Kinder der Unterschicht darf es keine Anreize geben, muss

das ständische dreigliedrige, ausgrenzende Schul- und Bildungssystem um jeden Preis aufrecht erhalten werden.

### **Gegen eine Relativierung des Terrors der Ökonomie – für das Recht auf Demonstration und Widerstand!**

Widerstand ist ein soziales Recht und der Ausgangspunkt gelebter Demokratie.

Ein Überleben unter HartzIV-Bedingungen, unter finanzieller Not, erlebter Ausgrenzung und ständigen Sanktionsdrohungen macht krank, und das nicht nur den einzelnen Menschen, sondern die gesellschaftliche Mehrheit. Die Einschüchterung durch Gewalt wird nur zu mehr Gewalt führen.

Die Demonstrationen vom 12. Juni können und waren nur Teil eines Anfangs von sozialen und politischen Auseinandersetzungen, die die Republik und Europa verändern werden. Es liegt auch in unserer Hand, ob es gelingt, mit europäisch abgestimmten Sozialprotesten uns nicht gegenseitig ausspielen zu lassen.

Die Kollegen von der Polizei werden sich entscheiden müssen, ob sie sich weiterhin an der Strategie der kontrollierten Eskalation und präventiven Aufstandsbekämpfung beteiligen. Ihre Kollegen vom Objektschutz sind genauso auf ergänzende ALG-II-Leistungen angewiesen, weil die Einkommen dieser Bediensteten nicht mehr ausreichen, um die Lebenskosten einer Familie zu finanzieren.

Der Interessenskomplex der Parteipolitiker/innen, Wirtschaftslobbyisten und medialen Meinungsmacher/innen hat nach der Berliner Demonstration die Gefahr einer neuen RAF herbeigeschrieben und versucht, sie in der aktuellen Stunde des Bundestags herbeizureden. Die Botschaft war klar:

Sie wollen nicht über ihre asoziale Interessenpolitik reden, die mit Allgemeinwohl nichts zu tun hat.

Sie wollen die Proteste im Vorfeld stigmatisieren und kriminalisieren, bevor eine gesellschaftliche Mehrheit in den Protesten die Stimme für eine gefühlte soziale Bedrohung und Ungerechtigkeit sieht, bevor Menschen wie 2004 wieder selber tätig werden und sich das Recht der Demokratie der Straße nehmen.

Wer selber die Demonstrationen der Sozialproteste von 2006 und die Krisenproteste von 2009 erlebt hat, sieht nicht eine neue Qualität der Gewalt, sondern ein wiederkehrendes Muster der versuchten Kriminalisierung und Stigmatisierung durch polizeitaktisches Operieren:

Die Auflagen und Einschränkungen für die Demonstrationen werden ständig erhöht.

Es werden formale Vorwände gesucht, um die Formation einzelner Blöcke durch gezielte Angriffe an beengten Stellen aufzulösen (siehe auch die Pressemitteilung des ABSP vom 20.6.10: <http://bit.ly/d4Tp7J>)

Je nach dem Grad der Geschlossenheit und Handlungsfähigkeit der Demonstration kommt es zu zeitweisen Einkesselungen, Absperrungen und Aufteilungen des Demonstrationstrahls.

Kommt es zu einer Gegenwehr, und sei diese auch nur passiv und gewaltfrei, werden systematisch Menschen gefilmt und Begründungen für den Vorwurf des Widerstands gegen die Staatsgewalt/polizeiliche Maßnahmen gesucht.

Die Abschlusskundgebung wird dann niederschwellig, aber systematisch "destabilisiert", indem Polizeizüge im realen Nahkampf geschult werden, weil die vorab ausgesuchten "Einzeltäter" aus der Menge heraus gegriffen werden sollen.

Bei den Zugriffen werden menschliche und demokratische Schäden in Kauf genommen, um die mediale Wirkung der Demonstration zu reduzieren, die "normalen Bürger" davon abzuschrecken, sich mit den "Kapitalismuskritiker/innen" einzulassen und um Verbände, NGO's und Gewerkschaften abzuschrecken, sich mit den "Radikalen" einzulassen.

Diese Politik des sozialen und politischen Bürgerkriegs gegen die Habenichtse in dieser Gesellschaft ist die Gefährdung der Demokratie und des Gemeinwesens.

Menschen, die aus der Gesellschaft ausgegrenzt werden, deren soziale und politische Bürgerrechte in Frage gestellt werden, die tägliche Krisen des Überlebens unter HartzIV-Verhältnissen kennen, haben nur das Mittel der sozialen Unruhen. Und sie wissen, dass diese für sie immer mit existenziellen Risiken verbunden sind.

Wer aber für das Recht auf ein Leben in Würde mit und ohne Erwerbsarbeit, mit und ohne deutsche Staatsbürgerschaft kämpft, der stellt nicht das Recht auf körperliche Unversehrtheit aller in Frage, ob dieser Mensch eine Uniform trägt oder nicht. Wurfgeschosse aus der Demonstration gefährden immer auch die Menschen, die sich an diesem Tag das Recht auf die Straße genommen haben, die an diesem Tag eine gemeinsame Stimme gegen die alltäglichen Zumutungen finden.

Wir müssen feststellen, dass sich die Regierenden und die polizeilichen Ausführenden zu einer Politik der abschreckenden Gewalt entschieden haben. Wir werden uns auch zukünftig nicht das Recht der Demonstration nehmen lassen, und wir werden auch zukünftig dafür Sorge tragen, dass es so wenig wie möglich Vorwände geben wird, um die Demonstrationen anzugreifen und den gesellschaftlichen Protest gewaltsam aufzulösen.

Wir verteidigen soziale Grundrechte auf der Straße, im JobCenter und in den Betrieben!

### **Für ein Leben in Würde für jeden Menschen, in Europa und weltweit – Für eine europäische Agenda des Widerstands!**

Die Hartz-Gesetze haben gegen die sozialen Verfassungsgebote verstoßen. Das ist keine neue Erkenntnis, ist billigend von fast allen Parteien demokratiegefährdend in Kauf genommen worden. Wir lassen uns auch nicht durch die Kürzungspolitik der Regierenden ablenken: Die Regelsätze müssen jetzt neu berechnet werden und mit einem Hartz-IV-Eckregelsatz von wenigstens 500 statt 359 € ein Leben in Würde ermöglichen! Wir werden dafür sorgen, dass diese Forderungen gemeinsam mit anderen, mit Gewerkschaftern vor Ort, mit sozialen und politischen Gruppen in die JobCenter hineingetragen werden, dass wir gegenseitig Arbeitskämpfe und die Auseinandersetzung um einen lohnsteuerfreien gesetzlichen Mindestlohn in Höhe von 10 € unterstützen. Wer Kurzarbeit finanzieren kann, der kann auch eine 30-Stundennormalarbeitswoche bei vollem Lohnausgleich durchsetzen.

Die Konflikte der Erwerbslosen entstehen aus dem täglichen Überleben. Hier gibt es keine Bewegungskonjunkturen. Hier überzeugt nur die alltägliche Arbeit, die kontinuierliche gegenseitige Unterstützung, um wenigstens die bestehenden Rechte durchzusetzen, hier geht es nicht um den politischen Event, sondern um praktische Gegenmacht durch erlebbare Solidarität.

Die zukünftigen Krisenproteste brauchen beides, den Widerstand in den alltäglichen Auseinandersetzungen von Menschen in prekären, ungesicherten Lebenslagen mit und ohne Erwerbsarbeit und das dezentral, dort wo die Menschen leben und arbeiten. Wir werden aber auch die wahrnehmbare Macht der Vielen auf der Straße brauchen, um dem Protest der Ausgegrenzten und Sprachlosen eine gemeinsame Stimme zu geben.

**Die Proteste gegen dieses Krisenregime und gegen den Kapitalismus, der die Krisen erzeugt, können sich nicht mehr auf nationale Grenzen beschränken. Deshalb rufen wir die Versammlung der sozialen Bewegung des europäischen Sozialforums auf: Nutzt die Gelegenheit und vernetzt euch! Lasst uns einen europäischen Herbst des sozialen und politischen Widerstands schaffen, denn die Krise ist der "Terror der Ökonomie" des globalisierten Kapitalismus.**

Aktionsbündnis Sozialproteste, Juni 2010